

**Seite:** 4  
**Rubrik:** Meinung  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 43.854 (gedruckt) 39.887 (verkauft)  
 41.599 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,127 (in Mio.)

Gastkommentar

## Unwägbarer EU-Nachbar Weißrussland

**Miriam Kosmehl** analysiert die angespannte politische Situation in Weißrussland.

Seit Wochen gehen die Belarussen aus Protest auf die Straße. Zwar wurden unlängst in Minsk die geschätzt ein- bis dreitausend Demonstranten nicht so blutig niedergeschlagen wie im Jahr 2010, als Bürger gegen die aus ihrer Sicht manipulierte vorletzte Wiederwahl des langjährigen Präsidenten Alexander Lukaschenko protestierten. Aber das Polizeiaufgebot war gewaltig und einzelne Szenen hässlich, etwa als in schwarz gekleidete Spezialeinheiten mit Knüppeln auf Wehrlose einschlugen oder Rentner herumschubsten. Der Grund für die Demonstrationen, in Minsk und zuvor in Provinzstädten, ist die Wirtschaftsmisere. Die Menschen protestieren nicht gegen die Korruption Mächtiger, wie in Russland, oder für Mitsprache, wie 2013/14 in der Ukraine, sondern weil die wirtschaftliche Stabilität abhandengekommen ist. Auslöser ist das sogenannte Parasiten-Gesetz, demzufolge umgerechnet etwa 200 Dollar zahlen muss, wer weniger als 183 Tage im Jahr arbeitet. Das ist für viele Belarussen ein Monatsgehalt, und bis zum 21. Februar erfüllten nur 11,5 Prozent der Angeschriebenen die Aufforderung. Ökonomisch wenig sinnvoll, macht das Gesetz allen klar, dass Lukaschenko seinen Teil des gesellschaftlichen Vertrages nicht mehr erfüllt. Die Krise hat viel mit der Beziehung zum großen Nachbarn zu tun. Die russische Handelszei-

tung "RBK" schreibt unter Berufung auf das russische Finanzministerium, Russland habe Belarus die letzten zehn Jahre mit 100 Milliarden Dollar bezuschusst, zu 90 Prozent durch subventioniertes Gas und Öl. In dem Maß, in dem die dafür von Russland erwartete Integration Minsks ausbleibt - etwa in die Eurasische Wirtschaftsunion (EWU), den russischen Antwortversuch auf die EU - nimmt diese Großzügigkeit aber ab. Zwar zeigten sich die Präsidenten Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko bei ihrem Treffen in St. Petersburg vergangene Woche demonstrativ einig, doch der Kreml gibt nichts ohne Gegenleistung - und das Ziel ist klar: Belarus im eigenen Einzugsbereich zu halten. Auch deshalb dürfte Minsk längerfristige Festnahmen und politische Gefangene vermeiden. Man will die Beziehungen zu potenziellen westlichen Geldgebern nicht gefährden. Denn nachdem Lukaschenko vor seiner Wiederwahl 2015 den letzten politischen Oppositionellen freigelassen hatte, der noch infolge der Repressionen nach 2010 ein- saß, hob die EU die "Sanktionen", die eigentlich gezielte wirtschaftlich-restrik- tive Maßnahmen gegen staatliche Firmen bzw. Einzelpersonen waren, im Februar 2016 auf. Freilich vollstreckte Belarus, das letzte europäische Land mit Todesstrafe, kurz danach vier Todesurteile. Weniger reformorientiert als prag- matisch ist auch Lukaschenkos seit 2014 praktizierte Strategie zu verstehen, selektiv mehr Offenheit und Toleranz zu zeigen - gegenüber westlichen Akteu-

ren, unabhängigen Medien und oppositionellen Parteien. Da sich an den rechtlichen Rahmenbedingungen nichts geändert hat, die als Antwort auf die Proteste von 2010 verschärft worden waren, kann der Staatsapparat jederzeit wieder repressiv reagieren. Deshalb bleiben die meisten vorsichtig. Die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch hat immer davor gewarnt, den Druck auf die Staatsführung ihres Landes zu mildern. Es gilt zudem, ihn klug zu gestalten. Von besseren internationalen Beziehungen sollten nicht nur selektiv Auserwählte profitieren. Ziel der EU sollte vielmehr sein, dass mehr Belarussen aktive Teilhaber einer sich öffnenden Gesellschaft sein können. Die autoritäre Gesellschaftsstruktur ist mit ein Grund dafür, dass sich marginalisierte Oppositionelle in Grabenkämpfen verrennen. Die EU kann klar fordern, dass die Todesstrafe abgeschafft und die noch immer geltenden Gesetzesverschärfungen zurückgenommen werden, so dass staatliche Repression nicht wie ein Damoklesschwert jegliche gesellschaftliche Aktivität bedroht. Nur dann haben belarussische Bürger die Grundlage, sich mit dem aktuellen Geschehen in ihrem Land und in der Region auseinanderzusetzen und ihr Leben in Freiheit zu gestalten.

Die Autorin (Jahrgang 1967) ist Projektleiterin "Ukraine und Belarus" der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Kiew.

**Wörter:** 565